

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

TOP 13 – Regionale Entwicklung des  
Berufsschulangebots

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Karl-Martin Hentschel:**

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 153.06 / 22.03.06**

## Das Imperium lässt nicht los!

Es ist ja schon sehr verwunderlich, dass wir jetzt hier über diesen Tagesordnungspunkt debattieren und das zugrundeliegende Papier uns bis gestern Abend vom Ministerium nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Ich wundere mich jedes Mal wieder, wenn die Regierung eine Anhörung macht, den Verbänden ihr Konzept schickt und das alles vor dem Parlament geheim hält.

Natürlich werden wir dann angesprochen und machen uns zu dem Konzept der Regierung Gedanken – bis wir dann von der Regierung erfahren, dass jetzt ein neues überarbeitetes Konzept gilt, das wir auch nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt bekommen.

Die Landesregierung hat nicht nur den Berufsschulen mehr Autonomie zugesagt, sie will die Berufsschulen sogar in autonome regionale Bildungszentren umwandeln. Da wundert es schon, wenn sie gleichzeitig versucht, alles bis ins Detail zu regeln und den Schulen alles vorzuschreiben.

Auf gut Deutsch kann man sagen: Korinthenkacker am Werk! Je nach Temperament der Betroffenen löst das Lachanfalle oder entsetztes Aufstöhnen aus.

Der Verband der Berufsschullehrer hat in seiner Stellungnahme gesagt: Zentralistische Steuerungsinitiativen sind nicht mit einer Entwicklung zu mehr Eigenständigkeit vereinbar! Das Konzept der Landesregierung habe viel Unruhe an den Schulen und in den Ausbildungsbetrieben hervorgerufen.

Der Verband vermutet sogar, dass das Ministerium das öffentlich vertretene politische Bekenntnis zur Entwicklung der beruflichen Schulen in Richtung größerer Selbständigkeit im eigenen Verwaltungsapparat nicht vermitteln kann.

1/2

Grundsätzlich frage ich mich, ob ein solches Papier überhaupt erforderlich ist? Kann die Entscheidung über die Einrichtung von Fachklassen nicht den Standorten weitestgehend selbst überlassen werden?

Viele Gründe sprechen dafür, die Steuerung bei den Schulen zu lassen. Das Argument der besseren Ressourcenausnutzung kann nicht überzeugen, denn die Schulen müssen längst mit knappen Mitteln und Stellenzuweisungen haushalten und überlegen deshalb sehr genau, wo sie Schwerpunkte setzen. Warum soll den Ausbildungsbetrieben nicht die Wahl der schulischen Dualpartner unabhängig vom Einzugsgebiet freigestellt werden?

Einen Grund dagegen kann ich nach meinen Gesprächen bestenfalls dann erkennen, wenn der regionale Wettbewerb um SchülerInnen sehr ungleich ist. Zum Beispiel wenn die Berufsschule in Kiel Schüler aus den Fachklassen der umliegenden Berufsschulstandorte abzieht und diese immer weiter ausgedünnt werden.

In diesen Fällen sollten die Berufsschulen verpflichtet werden, eine verbindliche regionale Absprache zu treffen. Deswegen haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag zum Antrag der FDP gestellt.

Nur wenn es einen Konflikt gibt, sollte die Schulaufsicht eingreifen. Aber weil es mal einen Konflikt geben könnte, von vorneherein alles zentral zu regeln, ist der falsche Weg.

Wer das Papier liest, hat den Eindruck: Das Imperium kann nicht loslassen!

Autonomie der Schulen ist offensichtlich auch ein Lernprozess für die zuständigen Referate. Dabei wollen wir ihnen gerne helfen, indem wir den vorliegenden Antrag im Ausschuss diskutieren und zu einer Lösung kommen.

\*\*\*